

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

17.1.1902 (No. 16)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 16.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unerlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unterm 17. November v. J. gnädigt bewogen gefunden, den evangelischen Pfarrer und früheren Detach Karl Wolff in Dainbach zum Kirchenrath zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewogen gefunden, dem Kriegsträger Ludwig Kasper in Rastatt die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen königlich preussischen Allgemeinen Ehrenzeichens zu ertheilen.

Die Uebertragung der Stelle eines Postinspektors für den Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Karlsruhe an den Postinspektor R u h s in Rölln hat die höchstlandesherrliche Bestätigung erhalten.

Nicht-Amtlicher Theil.

Oesterreich und das französisch-italienische Abkommen.

Wien, 15. Januar.

Die mehrfachen Erklärungen des Grafen v. Bülow über den Dreibund werden von der gesamten Wiener Presse und von den politischen Kreisen mit lebhafter Zustimmung begrüßt. Man spricht zugleich Bewunderung über die geistreiche Art aus, mit der sich Graf v. Bülow seiner Aufgabe entledigt und würdigt mit gerechter Anerkennung seine großzügige Politik, welche über die enge europäische Sphäre hinausgreifend sich zu einer Welt-politik ausweitet, in der daher auch neue Kombinationen eines Gleichgewichts der Mächte in Rechnung gezogen werden müßten. Man kann in der von unseren politischen Kreisen gesendeten Anerkennung auch einen Nachstoß für die Aufrichtigkeit anerkennen, mit der man hierzulande dem Dreibunde anhängt. Es gibt sich aber auch ein Gefühl der Erleichterung zu erkennen, die man umso angenehmer empfindet, als das französisch-italienische Mittelmeerabkommen immerhin bei uns wie ein Alpdrück auf den Gemüthern lastete, solange nicht die volle Aufklärung über den Charakter desselben gegeben war, die man jetzt theils durch den Grafen v. Bülow, theils durch andere Mittheilungen erhalten hat. Wäre es von Anfang an festgestanden, daß es sich nur um eine Auseinandersetzung wegen Tripolis und Marokko handelt, so hätte man hier sich auch nicht einen Augenblick aus der Ruhe stören lassen. Wenn Frankreich und Italien um das Varenfell handeln, oder sich über den Kaufpreis einigen, obwohl der Vär noch lange nicht auf der Strecke liegt, so ist das eine Angelegenheit, welche nicht einmal die nächst beteiligten Mächte, die Türkei, Marokko, Spanien und England in Unruhe zu versetzen braucht. Bis diese Fragen spruchreif werden, so daß die erstgenannten Mächte dazu kommen würden, die Hand auf die Waage zu legen, wird nicht nur eine geraume Zeit vergehen, sondern es sind noch so viele Konstellationen möglich, daß der Handel von heute gänzlich seinen Werth verlieren könnte. Wenn sich Italien trotz seiner Erfahrungen in der Erythrea abermals in ein afrikanisches Abenteuer einlassen will, so ist das ausschließlich seine Sache. Es darf aber nicht verhehelt werden, daß es seine eigene Position in Europa schwächt, wenn es sich Schlappen, wie jene in Abyssinien, aussetzt. So schwach auch die Türkei als Seemacht ist, gibt ihr doch namentlich in Afrika der panislamitische Gedanke wenigstens eine große Widerstandskraft, mit der jede Kraft rechnen muß, die sich in ein solches Wagniß einläßt. Italien würde seine Mittel auf lange hinaus festlegen, wenn es mit seinen durchaus nicht mit Frankreich zu vergleichenden Kräften dessen Beispiel in Tunis kopiren wollte. Die Freunde Italiens hatten daher wohl ein Recht, wegen einer solchen Politik besorgt zu sein. Die Verwicklungen, die aus einer afrikanischen Eroberungspolitik Italiens entstehen könnten, würden, so befürchtet man hier, den europäischen Frieden gefährden und somit wäre auch das Ziel, dem man so große Opfer gebracht hat und um dessen willen der Dreibund geschaffen wurde, in Frage gestellt. Das Friedensbedürfniß ist aber in Oesterreich-Ungarn ebenso aus inneren wie aus außenpolitischen Gründen ein aufrichtiges und tiefreichendes und das kleinste Wöllchen, das sich am Horizont zeigt, wird hier mit aufrichtiger Besorgniß betrachtet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Staatssekretär Dr. Fehr v. Thielmann: Davon, daß Kriegstheilnehmern, denen eine Beihilfe von 120 M. bewilligt sei, die Auszahlung verweigert worden sei, sei ihm nichts bekannt. Der Invalide genießt auf Grund seiner Invalidität gewisse Ansprüche an das Reich. Die Veteranen hätten, so wohlwollend auch die Verbündeten Regierungen ihnen gegenüber seien, Ansprüche an das Reich erst dann, sobald sie ihnen durch die Verwaltungsbehörden zuerkannt sind. Das ist das geltende Recht und auch nicht hart für die Veteranen. Das Wohlwollen der Regierungen finde seine Grenze an den verfügbaren Mitteln. Für Preußen seien 1898 Beihilfen bewilligt worden für 14 108 Mann; am 1. Dezember meldete Preußen zur Berücksichtigung 11 346 Mann an. Sofort wurde die für 1899 bewilligte Summe so erhöht, daß Preußen fortan Mittel erhielt für 25 784 Mann. Die Zahl der Veteranen stieg weiter. Preußen meldete für den 1. April 1901 als unberücksichtigt 7295 Mann an. Für das Rechnungsjahr 1901 wurden die Mittel für sämtliche Personen bewilligt, und noch für einige Hundert mehr. Mitte November wurden abermals als unberücksichtigt 5782 Personen gemeldet. Im neuen Etat sind wiederum die Mittel so angelegt, daß noch mehr Personen berücksichtigt werden können. Ich sehe nicht ein, wie mancher über Mangel an Fürsorge klagen kann. Das Reich kann bei seiner jetzigen Organisation unmöglich den einzelnen Mitgliedern direkt abhelfen. Es ist dies Sache der Einzelstaaten. Der Reichszuschuß von 120 M. wird völlig Erwerblosse niemals der Armenpflege entziehen können. Solange die Etatsverhältnisse nicht günstiger werden, werden wir die Beihilfe nicht auf den ordentlichen Etat übernehmen. Der Interpellant priest die Beihilfe als Mittel für die Veteranenfrage an. Diefelbe wurde schon einmal abgewiesen und dürfte seitdem nicht populärer geworden sein. Sie würde auch nicht ausreichen, denn nach den Feststellungen des Kriegsministers leben gegenwärtig noch 600 000 Kriegstheilnehmer in Deutschland, deren Ansprüche an Beihilfe noch niemand kennt. Die Regelmäßigkeit der Beihilfe ist durch die Agitation vom vorigen Jahre noch gewachsen. (Hoh! redit.) Die Regierung zeigte noch allen Willen des Reichstages gegenüber ihr Wohlwollen.

Auf Antrag Schrempf (son.) tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Das Urtheil des Staatssekretärs über den Vorlauf der Interpellation ist streng juristisch wohl zutreffend, praktisch aber ungerechtfertigt, wenn man die Vertheilungen der Interpellanten in's Auge faßt. Dem Abgeordneten Arndt hat selbstverständlich ferngelegene, eine Reichsstaffe beschuldigen zu wollen, sie könne die einmal bewilligten Mittel nicht ausgeben. Die Erhöhung des Fonds um 1 200 000 M., welche die Budgetkommission 1901 beschlossen hat, war zu gering. Die erforderlichen weiteren Mittel sollten nicht erst im Nachtragsetat, sondern in den vorliegenden Etat eingestellt werden. Redner wünscht danach die Grundlage der Erwerblosigkeit durch eine andere, das Zurückbleiben des Verdienstes unter einem Drittel des ursprünglichen Tagelohnes, ersetzt zu sehen. Die Veteranenfürsorge müsse aus dem Invalidenfonds herausgenommen werden.

Abg. Schrempf (son.) erklärt sich im Namen seiner Freunde mit den Ausführungen des Interpellanten und des Vorredners einverstanden. Wir stehen nach wie vor auf der Grundlage des Reichstagesantrags, der seiner Zeit beifolgende Anstellung weiterer Erhebungen dem Reichszuschuß übergeben wurde. Er fragt die Regierung, welche Erhebungen stattgefunden haben und mit welchem Erfolge.

Abg. Stadthagen (Soz.) führt in längerer Rede aus, das angelegte Wohlwollen der Regierung komme bei Durchführung des Gesetzes betreffend die Veteranenbeihilfen nicht immer zur Verthätigung. Selbst Arndt habe einmal gedroht, wenn das Tempo in dieser Frage nicht beschleunigt wird, Kolonialforderungen abzulehnen.

Abg. Speck (Centr.): Es fehle nicht an Gesetzen, wohl aber an der Durchführung der bestehenden Gesetze. Das Vorgehen der Regierung und einzelner Landräthe liege nicht im Sinne des Gesetzes. Wäre 1895 das sozialdemokratische Amendement angenommen worden, das den Veteranen höhere Pensionen sichern wollte, so hätten diese überhaupt nichts bekommen.

Abg. Arndt (Reichsp.) stellt Abträge am Etat in Aussicht, um die nöthigen Mittel zu erlangen. Die Art der Beantwortung seiner Interpellation habe nicht seinen Hoffnungen entsprochen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus um morgen 1 Uhr.

Berlin, 16. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) fragt die Regierung, ob und welche Gründe der Einbringung des Gesetzentwurfs betreffend die Revision des Militärpensionsgesetzes während der gegenwärtigen Tagung entgegen stehen. Redner weist darauf hin, daß der Kriegsminister selbst die gegenwärtigen Pensionsgesetze für nicht mehr zeitgemäß erklärt habe und sagt, er und seine Freunde würden nicht eher ruhen, als bis den berechtigten Forderungen Genüge geschehen sei.

Die Parteien und der Postvertrag.

Stuttgart, 15. Januar.

Die Finanzkommission der Abgeordneten-Kammer hat jetzt ihre Beratungen über das Markenabkommen beendet. In der staatsrechtlichen Streitfrage stehen die Dinge noch auf dem alten Fleck. Was den Inhalt des Abkommens betrifft, so hat die Kommission gewünscht, daß gewisse „Soll“-vorschriften eine noch striktere Fassung erhalten, und die Regierung hat sich bereit erklärt, dieserhalb sich mit der Reichspostverwaltung in's Benehmen zu setzen. Eine materielle Aenderung des Vertrags kommt dabei nicht in Frage. Ein Blatt hat den Schluß gezogen, die Regierung habe damit, daß sie diesem Wunsch der Kommission stattgegeben, eigentlich anerkannt, daß sie den Vertrag nicht ohne Genehmigung der Stände vollziehen könne. Es handelt sich indes nicht im geringsten um eine der Regierung von der Kommission abgerungene Konzeption. Vielmehr hat der Ministerpräsident schon gleich zu Beginn der Kommissionsberatungen sich bereit erklärt, Wünsche, die die Stände etwa noch haben könnten, soweit sie vertretbar seien, in nochmaligem Benehmen mit der Reichspostverwaltung zu vertreten. Es ist dies lediglich eine Fortsetzung der „Vertändigung“ mit den Ständen, welche die Regierung in dieser Frage von Anfang an sich hat angelegen sein lassen. Auf ganz anderem Boden steht die staatsrechtliche Frage, in welcher gewisse Parteien die Gelegenheit benützen möchten, um im Sandumdrehen ein nicht unwichtiges Kronrecht zu beseitigen.

In dieser letzteren Frage geht jetzt ein parlamentarischer Situationsbericht durch die volksparteiliche Presse, worin der Regierung die Frage: Krieg oder Frieden? gestellt wird. „Frieden“ bedeutet dabei Unterwerfung, für den „Kriegsfall“ wird der Regierung „vermehrte Reibung und gereizte Stimmung im Landtag“ und eventuell ein förmliches Mißtrauensvotum für die „Gesetzesverletzung“ in Aussicht gestellt. Der Artikel sagt vorsichtiger Weise nur, ein solcher Antrag „würde im Abgeordnetenhaus angenommen werden“; daß er gestellt werden wird, ist nicht gesagt. Man kann sich ja auch bei der Volkspartei nicht verhehlen, daß ein solches Mißtrauensvotum nur angenommen werden könnte mit Hilfe des Centrums, was ihm, wie neulich dargelegt, von vornherein jeden Werth benähme, denn jede der beiden Mehrheitsparteien würde mit dem Mißtrauensvotum einen anderen Sinn verbinden. Aber die Volkspartei sollte mit diesem Gedanken nicht einmal spielen. In welcher schweren Verlegenheit könnte sie kommen, wenn die gewandten Taktiker des Centrums von sich aus einen Mißtrauensantrag stellten! Was die „gereizte Stimmung“ betrifft, so hat die Volkspartei in einem historisch gewordenen Falle gezeigt, wie leicht sie ihre gereizte Stimmung bemeistern kann. Schwerer kann man wahrlich keine Partei „reizen“ als einst das Centrum die Volkspartei bei der Verfassungsrevision, und doch hat man nicht etwa nach Jahr und Tag, sondern schon wenige Stunden darauf Volkspartei und Centrum wieder Arm in Arm in der parlamentarischen Arena gesehen. Sollte der Regierung, die doch der Volkspartei keinen Lort anthut, wenn sie auf ihrem Rechte besteht, das nicht billig sein, was einst dem Centrum recht war? Wir erinnern an jenen Vorgang nicht, um die Volkspartei zu „reizen“, sondern um ihr zu bedenken zu geben, wie sie mit untauglichen Waffen in einen Konflikt ziehen will, mit dem sie nur dem Centrum ein unendliches Vergnügen bereitet.

Ein Gedanke, der jetzt in der volksparteilichen Presse häufig wiederkehrt, ist der, daß man allenfalls einem altverdienten Ministerium das Recht einräumen könnte, einen Vertrag, wie den mit der Reichspost selbstständig zu schließen, aber nicht diesem jungen Ministerium „Breitling-Soden“, das noch keinen Anspruch auf solches Vertrauen habe. Allein irgend ein besonderes Vertrauen kommt hier gar nicht in Frage; es wird ja, das kann gar nicht oft genug betont werden, der Kammer und im besonderen der Volkspartei ein Wunsch erfüllt. Das wird doch auch ein „junges“ Ministerium sich noch gestatten dürfen. Uebrigens wird es sich kaum als fruchtbarer politischer Gedanke erweisen, eine Regierung, die aus gereiften, im Staatsdienst erprobten Männern besteht, unter den Gesichtspunkten zu betrachten, unter denen man auf den Univeritäten den „Juchs“ behandelt. Oder was würde die volksparteiliche Presse sagen, wenn die Regierung einen neugewählten Landtag seine „Jugend“ fühlen lassen wollte?

Bayern und die Einheitsmarke.

München, 15. Jan. Bei der Beratung des Post-
etats in der Kammer der Abgeordneten sprachen
alle Redner sich für die Beibehaltung des bayri-
schen Postetats aus.

Bezüglich der eigenen bayrischen Postmarken forderte allein
Abg. Diehl (pfälzischer Liberaler) die Einführung der deut-
schen Einheitsmarke.

Abg. Wollmar (Soz.) hält das letztere für nicht unmög-
lich, will aber abwarten, wie der Versuch Württembergs mit der
Einheitsmarke ausfällt.

Ministerpräsident Graf v. Crailsheim erklärte: Ich
lege der Sache keine nationale Bedeutung bei und glaube, wir
können sehr gute Deutsche sein, wenn wir auch unsere bayrische
Marke behalten. Die Sache muß nicht vom Standpunkte des
Gefühls, sondern vom nüchternen Standpunkte der Politik und
Jurisprudenz betrachtet werden. Die Nachteile der Verschie-
denheit der Marken sind geringfügig; das Reservatrecht
Bayerns steht in engem Zusammenhang mit der eigenen Post-
marke aus den Bestimmungen des Verfaßtes. Der Artikel 52
der Reichsverfassung und ergibt klar, daß die Post
für Bayern eine Verkehrsanstalt ist, deren selbständige Verwal-
tung nur beschränkt ist durch die Bestimmungen, die das Reich
im Wege der Gesetzgebung über die in Artikel 52, Absatz 2 der
Reichsverfassung bezeichneten Gegenstände erläßt, sowie durch
die dem Reiche zustehende Regelung des Verkehrs mit dem Aus-
lande, mit Ausnahme des eigenen unmittelbaren Verkehrs
Bayerns mit den Nachbarstaaten. Nach weiteren Ausführ-
ungen über diese Sache sagte der Ministerpräsident: Rechtlich
genommen tritt bei der Einführung der Einheitsmarke an
Stelle des unbedingt sicheren Anspruchs auf Entgelt für alle
Einzelleistungen der Post gegenüber dem Aufgeber der An-
spruch der bayrischen Postverwaltung gegen die Reichspostver-
waltung auf die verabredete Kaufsumme. Die bestehenden
Abmachungen würden bei der Aufgabe der eigenen Postmarken
verschoben werden. Ich bin der Ansicht, daß durch die Einfüh-
rung der Einheitsmarke unser Reservatrecht berührt und bis
zu einem gewissen Grade beeinträchtigt wird. Aus diesem
Grunde kann die bayrische Regierung ihre Hand zu einem sol-
chen Vertrage nicht verheeren.

Die Polenbedatte.

Der dritte Tag der Polenbedatte im Abgeordnetenhaus
konnte wesentlich neue Momente nicht zu Tage fördern. Nach-
dem der freisinnige Vertreter der Stadt Polen den Standpunkt
seiner Partei dargelegt und die Abg. v. Staudy (konf.) und
Gordeler (frk.) nachdrücklich und wirksam für die Regierungs-
politik eingetreten waren, nahm der Herr Justizminister
Glieder der polnischen Fraktion gegen den Richterpruch von
Gnesen gerichtet hatten, Namens des ganzen preussischen Rich-
terstandes zurückzuweisen. Der preussische Richter treibt keine
Politik, dient seiner Partei, aber auch er hat die nationale
Fahne hochzuhalten und zu strafen, wo gegen Gesetz und Recht
von polnischer Seite verstoßen wird. Die Straftaten in
Preußen mögen an sich nicht so schwer erscheinen, um das
Strafmaß des Gerichtes zu rechtfertigen. Mit Recht hat dieses
aber besonders scharf vorzugehen gehabt, weil es sich um eine
tiefgehende, gegen die staatliche Ordnung gerichtete Bewegung
handelte, deren Uebergriffen vorzubeugen war. Die Richter
haben sicher mit schwerem Herzen ihre Pflicht gethan. Nach-
dem mit lebhaften Beifall begleiteten Ausführungen des Herrn
Justizministers beleuchtete der Abg. Schmieding die Verhältnis-
se der polnischen Einwanderung in Preußen und der stark na-
tionalpolnischen Tendenzen, welche sich dort geltend machten
und der Pole Schröder erging sich in langen, von dem Hause
sehr unaufrichtig angehörten Klagen gegen die Staats-
regierung. Sodann ergriff der Kultusminister das Wort zu
einer längeren Ausführung, in der er zunächst darauf hinwies,
daß nach den gemachten Erfahrungen die von freisinniger Seite
aufgestellte Behauptung nicht zuträfe, es werde die polnische
Bewegung zum Stillstand kommen, wenn man nur der polni-
schen Sprache in der Schule mehr Raum gewähre. Das sei in
den 30 Jahren vor 1872 der Fall gewesen. Gleichwohl hätten
die Polen genau dieselben Beschwerden gegen die Schule er-
hoben, wie jetzt. Der Erfolg dieser Schulpolitik aber sei der ge-
wesen, daß die Kinder weder polnisch noch deutsch gelernt
hätten, und daß sie insbesondere nicht im Stande gewesen wären,
den für das Erwerbsleben notwendigen Gebrauch der deutschen
Sprache zu erlangen. Die Staatsregierung sei daher im Inter-
esse gerade der polnischen Staatsbürger genötigt gewesen,
zu dem jetzigen System überzugehen. Dasselbe habe überall
gute Früchte getragen, auch in Preußen, wo nichts geschehen
sei, als was seit 30 Jahren überall ohne Beschwerde erfolgt sei.
Die Staatsregierung werde an dem von ihr befolgten System
streng festhalten. Sodann beleuchtete der Abg. Geisler (Ctr.)
die Schulfrage nach seinen Erfahrungen als katholischer Volks-

Die Regierung und das Heidelberger Schloß.

(Schluß.)

Aus diesen am Friedrichsbau im Laufe der Jahre
1893 und 1894 geschöpften Erfahrungen ist der in der Anlage
mitgetheilte Präsidialerlaß vom 22. Oktober 1894 zu erklären.
Er theilte an Oberbaudirektor Durm als Vorstand der Bau-
direktion den Auftrag zur Erörterung der Frage, welche der
Erhaltung der einzelnen Schloßtheile dienenden Arbeiten
und in welcher Reihenfolge sie zur Ausführung gelangen sollen,
nachdem die der Entwürfe des Schloßgebietes dienenden
Arbeiten zu Ende geführt waren. Der Präsidialerlaß betont
dabei ausdrücklich, daß die Frage, ob für einzelne beson-
ders wichtige Bautheile des Schloßes neben der Vor-
nahme von Unterhaltungs- und Sicherungsarbeiten etwa auch
deren Wiederherstellung und in welchem Umfang in
Betracht kommen könne, für eine Entscheidung noch
nicht reif sei, daß aber im Zusammenhang mit dem Stu-
dium der Frage über die Art der vorzulehrenden Erhaltungs-
und Sicherungsarbeiten auch an das Studium der Restau-
rationsfrage zweckmäßig heranzutreten werde. Demgemäß
richtete der Präsidialerlaß an Oberbaudirektor Durm das Er-
suchen, gutachtlich sich darüber zu äußern, welche Arbeiten
im Sinn der Heidelberger Konferenzbeschlüsse (von 1891) im
Einzelnen behufs Erhaltung und Sicherung der ver-
schiedenen Bauobjekte sich als unbedingt nötig erweisen,
dabei aber in dieses Bauprogramm, auch die etwa für eine Wie-
derherstellung in Frage kommenden Schloßtheile ein-
zubeziehen, da über das Schicksal dieser etwa vorzunehmenden
Wiederherstellungsarbeiten die Kenntniß desjenigen Aufwands,
den die auf die einzelnen Schloßtheile zu verwendenden Er-
haltungskosten — gegenüber den Kosten einer Restau-
ration — erfordern werden, nicht zu entbehren sei.
Es verdient hervorgehoben zu werden, daß mit diesem Auf-
trag des Ministerialerlasses an den Groß- Oberbaudirektor
Durm die Erstattung eines Gutachtens über die der Erhal-
tung und Sicherung dienenden Arbeiten im Sinn der
Heidelberger Konferenzbeschlüsse von 1891 in den Vorder-
grund gerückt wurde, wenn schon Angehts der Zweifel, die
betrüß der technischen Durchführbarkeit jener Beschlüsse im
Ministerium wach geworden waren, auch das Studium von
Restaurationsverfahren, weil notwendig zur Beurtheilung

schullehrer, der Abg. Peltason (Freis. Ver.) sprach sich schließ-
lich Namens seiner politischen Freunde sehr entschieden im
deutsch-nationalen Sinne aus. — Sodann wurde die Be-
sprechung geschlossen. — Nächste Sitzung Donnerstag
11 Uhr: Generaldebatte des Etats.

Der Zolltarif vor dem Preussischen Landtage.

Berlin, 16. Januar.

(Telegramm.)

Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung
des Etats.

Abg. v. Sehdebrand (konf.) bemerkt, er bitte die Regie-
rung, im Bundesrath entschieden dafür einzutreten, daß der
Landwirthschaft ein größerer Zollschutz ge-
währt werde, da das, was die Regierung geben wolle, bei
weitem nicht ausreiche.

Finanzminister v. Rheinbaben erklärt: Selbstverständlich
werde die Preussische Regierung mit größtem Nachdruck für den
Zollschutz eintreten, auf den die Verbündeten Regierungen
sich einigen. Wenn aber der Vorredner nahe legt, noch über
diese Vorschläge hinaus zu gehen, so wolle er doch davor
warnen, die Verbündeten Regierungen auf diesem
Wege noch weiter zu drängen, sonst werden sie sich
dem Vorwurfe aussetzen, einseitige Interessen-
politik zu treiben. Er bitte daher, die von den Verbündeten
Regierungen vorgeschlagene Linie nicht zu verlassen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 16. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute
Vormittag um 11 Uhr an bis 1 Uhr den Vortrag des
Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Ge-
heimerathes Dr. Wielandt entgegen.

Nachmittags besuchten Ihre königlichen Hoheiten der
Großherzog und die Großherzogin mehrere größere Kauf-
geschäfte in der Stadt. Danach hörte Seine königliche
Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimen Le-
gationsraths Dr. Freiherrn von Vabo und des Le-
gationsraths Dr. Seyb.

Heute Abend besuchten Ihre königlichen Hoheiten der
Großherzog, die Großherzogin und die Kronprinzessin
von Schweden und Norwegen die Opernvorstellung im
Großherzoglichen Hoftheater.

An Grundsteuer ist im Jahre 1901 wegen außerordent-
licher Unglücksfälle der Betrag von 806 M. 11 Pf. nachgelassen
worden. Dieser Betrag vertheilt sich auf die Amtsbezirke Bom-
dorf, Donaueschingen, Heidelberg und Staufen, in denen infolge
Fogelbeschlag auf rund 1079 ha Kulturland: ein Drittel oder
mehr der Ernte beschädigt worden sind. In den Jahren 1899
und 1900 betrug die dieser Steuernachlass auf 610 M. 40 Pf.
und 71 M. 07 Pf.

Die Lebens- und Rentenversicherungsgesellschaft „The
Gresham Life Assurance Society Limited“ in London
schließt seit 1. Januar d. J. im Deutschen Reich keine neuen Ver-
sicherungsverträge mehr ab, beschränkt ihren Geschäftsbetrieb
vielmehr lediglich darauf, die bestehenden Verträge abzu-
wickeln.

(Groß-Konservatorium für Musik.) Das
5. Vorspiel (Ausbildungsklassen) fand am Dienstag, den
14. Januar 1902, Abends halb 7 Uhr im Konzertsale der An-
stalt statt. Am Montag, den 20. Januar wird ein Vorspiel der
Ausbildungsklassen eingeschoben, welches zur gewöhnlichen
Zeit (Abends halb 7 Uhr) stattfindet.

(Badischer Kunstgewerbeverein.) Unter
zahlreicher Theilnahme fand die diesjährige Jahresver-
sammlung statt. Herr Professor F. S. Meher eröffnete
in Vertretung des zweiten Vorsitzenden die Versammlung und
erstattete den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen.
Das wichtigste Ereigniß in Bezug auf den Kunstgewerbeverein
während des vergangenen Jahres sei der am 28. Juli v. J. er-
folgte Tod des Direktors Göb, der vor 17 Jahren den
Verein gegründet und seither geleitet habe. Was er in dieser
Zeit für den Verein gethan, sei wohl noch in lebendiger Er-
innerung. Das beste Denkmal lehnte man ihm, indem man das,
was er geplant und eritreit, weiter führe zum Nutzen des Ba-
dischen Kunstgewerbes. — Weiter gedachte der Vortragende der

übrigen im Jahre 1901 verchiedenen Mitglieder des Vereins.
— Der Verein hat im letzten Jahre um 7 Mitglieder zugenom-
men und zählt gegenwärtig 604, unter ihnen 242 aus Karls-
ruhe. — Die Vereinsthätigkeit hat sich im abgelaufenen Jahre
auf die Deutsche Glasmalereiausstellung be-
schränkt. Die Herausgabe des in Vorbereitung befindlichen
Publikationswerkes, welches die besten Arbeiten der
Ausstellung in Lichtdruck wiedergeben wird, ist infolge eines
unliebsamen Zwischenfalles verzögert worden. — Herr Kom-
merzienrath Koelle erstattete sodann den Bericht über die
Ausgaben und Einnahmen des abgelaufenen und
über den Vorschlag für das kommende Vereinsjahr. — Bei
der Neuwahl des Vorstandes wurde Herr Kunstge-
werbeschuldirektor Professor Hoffacker zum ersten Vor-
sitzenden, an Stelle des bisherigen zweiten Vorsitzenden
Schöber, der aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl
abgelehnt hatte, Herr Professor F. S. Meher, als Schrift-
führer Professor Merk und als weitere Vorstandsmitglieder
die Herren Architekt Baner, Fabrikant Kammerer, Pro-
fessor Rothmann und Professor Holz gewählt.

(Naturwissenschaftlicher Verein.) Morgen,
Freitag den 17. Januar, Abends halb 9 Uhr, findet im Hö-
rsaal für Chemie der Technischen Hochschule (Ein-
gang Schulstraße) gemeinschaftlich mit der chemischen Gesellschaft
eine Sitzung statt, in der Herr Professor Dr. Haber „Ueber
den textilen Flachdruck“ (mit Experimenten) sprechen wird.

(Gesindeball.) Hinsichtlich des Billetverkaufs für
den Gesindeball wird darauf hingewiesen, daß die in den
Musikalienhandlungen der Herren Bött und Kunst auf-
liegenden Einzeldrucke Freitag Abend geschlossen
werden. Der letzte Billetverkauf im Jahre des Groß- Hof-
theaters findet am Samstag den 18. Januar, Vormittags von
11 bis 1 Uhr, statt. Hinsichtlich der Kostümierung mögen dem
bereits Publikum noch einige Bemerkungen unterbreitet sein
zur Wiedergabe trüg verbreiteter Ansichten in dieser Frage.
Den ihre berechtigten Töchter begleitenden älteren Damen sei
es freigestellt, im einfachen Hauskleid — vielleicht mit einem
kleinen Häubchen auf dem Kopf — zu erscheinen, wogegen
die Herrschaften mit Ballkostüm von jedem Kostümzwang be-
freit sind. Der Ausdruck „Gesindeball“ ist natürlich nur ge-
wählt für eine Ballveranstaltung, welche den Herrschaften
Gelegenheit gibt, in den mannigfaltigen Kostümen unseres
Gesindes sich einem vergnügen und angeloßen Beisammensein
hinzugeben, wobei die strenge Toilette verbannt sein soll.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern Abend halb
8 Uhr ist in der zur Weinhandlung der Firma Franz Fischer
u. Cie. in der Steinstraße gehörigen Kellerräume auf bis
jetzt nicht aufgekärte Weise Feuer ausgebrochen, dem der
Dachstuhl des betreffenden Gebäudes zum Opfer fiel. Das
Feuer wurde durch die alarmirte 2. Compagnie der freiwilligen
Feuerwehr gelöscht. — Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr
wurde aus dem Vorplatz eines Hauses in der Höchststraße zwei
schwarze Damenmäntel im Gesamtwerte von etwa 80 M.
gestohlen. — Heute Nachmittag ist ein aus Hasellanne ge-
bürtiger und hier wohnhafter Kaufmann, wegen Beschlei-
gung vorläufig festgenommen worden. — Innerhalb
der letzten 14 Tagen sind in der Akademiestraße aus einem
Keller, mittelst Nachschlüssel, etwa 8 Kilogramm Schokolade im
Werthe von 30 M. gestohlen worden. — In der Nacht zum
13. d. M. wurde aus einer Waschküche in der Hochstraße mit-
telst Einsteigens Wäsche im Gesamtwerte von etwa 170 M.
gestohlen. Die Wäsche ist „M. G.“, „P. R.“, „R. M.“ und
„W. G.“ gezeichnet.

(Freiwillige Sanitätskolonne.) Dem Jahres-
bericht der freiwilligen Sanitätskolonne des Karlsruher Män-
nershilfsvereins für 1901 entnehmen wir folgendes: Der Unterrichts-
kurs dauerte vom 23. Januar bis 7. Juli. Während desselben
war die Kolonne 33 Mal verammelt, und zwar 4 Mal zu
Exercitübungen, 22 Mal zum theoretischen und theilweise prak-
tischen Unterricht und 7 Mal zu gemischten Übungen. Die
Schlußübung fand am 7. Juli in Durach unter Beteiligung
der Kolonne Durach, Ettlingen und Gröbigen statt. Die Ge-
samtleitung hatte der Kolonnenführer Herr Hauptmann a. D.
Zahn und der Führerstellvertreter Herr Hofapotheker Stroeb,
während der theoretische Unterricht und die Verhandlungen
von dem Kolonnenarzt Herrn Dr. Genter, unter Mithilfe der
Sanitätsreferenten Dörner vom 1. Badischen Leib- Grenadier-
Regiment Nr. 109 und Muscher vom 1. Bad. Feld- Artillerie-
Regiment Nr. 14 erteilt und geleitet wurden. Stellvertreter
Kolonnenarzt war Herr Dr. Wolff. Zu Anfang des Jahres
war die Kolonne 82 Mann stark, bei Beginn des neuen Jahres
erhielt sie einen Zuwachs von 39 Mann, so daß die Kopfzahl
im ganzen 121 betrug. Diese Stärke verminderte sich jedoch im
Laufe des Jahres um 27 Mann, wovon 19 freiwillig austraten
bzw. verstarben, 3 zum Militär kamen und 5 ausgeschieden
wurden. Am Ende des Jahres zählte die Kolonne 94 Mit-
glieder. Passive Mitglieder, welche die Kolonne durch einen
Jahresbeitrag von 2 M. unterstützen, zählt dieselbe 282. Sa-
nitätswachen wurden 7 Mal gestellt. Erste Hilfe wurde

Was den Otto-Heinrichsbau anlangt, so tritt der
Verfasser für eine Restitution in Anlehnung an die Seite
von Ulrich Kraus, d. h. mit Aufbringung eines Walm-
daches und davor befindlicher Zwerchhäuser ein, während eine
Restaurierung unter Zugrundelegung der Mexican'schen Bil-
der (Anbringung zweier Doppelgiebel) entschieden bekämpft
wird.

Für die Durchführung der sämtlichen von dem Begut-
achter in sein Bauprogramm aufgenommenen Arbeiten wird ein
Zeitraum von 20—25 Jahren in Aussicht genommen.
Die Oberleitung und die Behandlung des künstlerischen
Theils, besonders, was die Ausschmückung des Innern an-
langt, soll nach dem Vorschlag des Begutachters der Bau-
direktion unter Mitwirkung bewährter Architekten verblei-
ben, eine Mitwirkung der Bauverwaltung und ihres Vorstandes
bei diesen Wiederherstellungsarbeiten wird also ausdrücklich in
Antrag gebracht und am Schluß des Gutachtens bemerkt, daß,
wenn auch solche Arbeiten nicht überall auf Zustimmung wer-
den rechnen können, die „Werblichigen“, d. h. also neben den
beschließenden Faktoren wohl auch die zur Ausführung bereiten
technischen Organe, die Verantwortung dafür seiner Zeit zu
übernehmen wissen werden.“

Das Finanzministerium erachtet indessen die Frage auch
durch dieses Gutachten des Vorstandes der Bauverwaltung noch
keineswegs hinreichend geklärt, am allerwenigsten für spruch-
reif; in seinen Zweifeln aber darüber, ob in den Heidelberger
Konferenzbeschlüssen von 1891 eine in allen Einzelheiten un-
anfängbare Unterlage für die weitere Behandlung der
Schloßfrage gegeben sei, wurde es durch dieses Gutachten
allerdings bekräftigt. Die nochmalige Einberufung einer Sach-
verständigenkonferenz im Oktober 1901 hatte den Zweck, weite-
res gutachtliches Material zur Beurtheilung der strittigen
Frage zu liefern. Aber auch jetzt kann diese als spruchreif
nicht angesehen werden und eine Vorlage über die zum Schutz
des Heidelberger Schloßes und im Interesse seiner dauernden
Erhaltung zu treffenden Maßnahmen wird deshalb dem ge-
genwärtig versammelten Landtag nicht mehr unterbreitet wer-
den können. Nach dem Gang der letzten Konferenz erweisen
sich vielmehr weitere Studien und Vorarbeiten nötig; die ein-
zuleitenden das Ministerium sich angelegen sein lassen und je nach
deren Ergebnis es seiner Zeit mit bestimmten Vorschlägen an
die Volksvertretung herantreten wird.

in 113 Fällen geleistet. Transporte Kranker, Unfallverletzter z. wurden 49 ausgeführt. Bei der von Jahr zu Jahr häufigeren Inanspruchnahme der Kolonne zu beratigen Dienstleistungen war die Beschaffung eines neuen und leichteren Krankentransportwagens ein dringendes Bedürfnis geworden. Dank der Fürsorge des Vorsitzenden des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz, Herrn Oberst z. D. Steffels, und des Vorstandes des Männerhilfsvereins, Herrn Geh. Rat v. Weich, namentlich aber auch Dank des hochherzigen Entgegenkommens des Ministeriums des Innern und des hiesigen Stadtrats konnte ein Krankentransportwagen, wie solche bei den Berliner Unfallstationen im Gebrauche sind, erworben und bei der Uebung am 6. Oktober erstmals verwendet werden. Der Uebungskurs im Jahre 1902 beginnt am 30. Januar. Möge die Kolonne auch in diesem Jahr zahlreiche Freunde und Gönner, thätigste und opferfreudige passive Mitglieder gewinnen.

Stellenvermittlungsbund der Kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte. 16 Kaufmännische Vereine haben einen Stellenvermittlungsbund für weibliche Angestellte gegründet, um den Arbeitsnachweis für Buchhalterinnen, Verkäuferinnen, Kassierinnen, Stenographinnen und sonstiges kaufmännisches Personal planmäßig auszugestalten und zu vereinheitlichen. Jedem Verein ist ein bestimmter Bezirk zugewiesen, innerhalb dessen er seine Wirksamkeit auszuüben hat. Es ist dadurch die Gewähr gegeben, daß der Stellennachweis unter genauer Kenntnis der Verhältnisse, wie der provinzialen Verhältnisse erfolgt und daß die Erledigung der eingehenden Befehle sowohl wie auch der Bewerbungen schnell und sachgemäß erfolgt. Für Prinzipale ist der Nachweis kostenfrei, während Angestellte Mitglieder der betreffenden Vereinigungen werden müssen. Doch ist der Jahresbeitrag im Verhältnis zu dem, was die Vereine sonst an Gehalt und Stütze den Beschäftigten bieten, gering. Für Baden ist die Adresse: Kaufm. Verein für weibliche Angestellte zu Mannheim.

Baden, 16. Jan. In der letzten Versammlung des hiesigen „Gemeinnützigen Vereins“ wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die allen Besuchern Badens wohlbelannte Krimikasse und der prächtige Platz vor derselben mit dem Denkmal Kaiser Wilhelm I. in Zukunft eingedämmt und so mit dem Konversationshaus vereint zu werden. Um über das Projekt die Ansicht der gesamten Einwohnerschaft kennen zu lernen soll in nächster Zeit eine allgemeine Bürgerversammlung stattfinden, in welcher die Angelegenheit eingehend besprochen werden wird. Zur Ausführung könnte das Projekt natürlich nur gelangen, wenn die staatlichen Behörden ihre Zustimmung geben. — Aus Anlaß der Wahl seiner Durchlaucht des Fürsten von Fürstberg zum Präsidenten des Internationalen Klubs hat der hiesige Stadtrat an denselben ein Telegramm gerichtet, worauf folgende Antwort eintraf: „Herrn Oberbürgermeister G. H. Baden Baden. Für gütige Kundgebung sehr verehrten Stadtrats bitte ich meinen warmen Dank entgegen zu nehmen mit der Versicherung, daß das Gedeihen der schönen Stadt Baden-Baden, deren Beziehungen zu meiner Familie schon so lange freundschaftlich währen, mir stets am Herzen liegt und Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlichsten Gruß und Empfehlung. Fürst zu Fürstberg.“

Waldheim, 14. Jan. Der hiesige Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung 20 000 M. als Kosten der Vorarbeiten für die Militärbauten bewilligt, in welchen die aus einem Bataillon Infanterie bestehende Garnison untergebracht werden soll. Nach den Ausführungen des Bürgermeisters hat die Gemeinde die Verpflichtung, das Gelände für die Kaserne, das Lazarethgebäude und den Exercierplatz unentgeltlich zu stellen, die nötigen Straßen zu bauen, sowie für das Vorhandensein der erforderlichen Wohnungen für einen Stabsarzt, vier Hauptleute und vierzehn Leutnants zu sorgen.

Vom Bosensee, 12. Jan. Der Bürgerausschuß zu Zimmendingen beschloß in seiner jüngsten Sitzung die Einführung einer elektrischen Beleuchtung; auch der Bahnhof wird elektrisch beleuchtet. — Die Erstellung eines Getreidelagerhauses in Riedbüdingen gilt als gesichert. — Das „Hornhaus Stühlingen“ hielt kürzlich seine erste Generalversammlung, an der sich Landwirthe aus 12 Gemeinden der Bezirke Bonndorf und Waldshut beteiligten. Der Mitgliederstand beträgt jetzt 120, was eine Summe von 24 000 M. repräsentiert. Die Versammlung bewilligte einen Kredit von 30 000 M. und Beitritt zur Centralkasse des Badischen landwirtschaftlichen Konsumvereins mit 20 Geschäftsanteilen à 1000 M. — Bei Schenz (Schweiz) wurden dieser Tage die ersten Pfähle eingerammt zu einer Brücke nach der St. Othmarsinsel Werd. Die neue Brücke kommt beinahe an die gleiche Stelle zu stehen, wo einst die alte Römerbrücke gestanden, und dürfte bis März fertig sein. Die alten Pfähle, die noch im Grunde des Rheins stehen, sind hart wie Eisen.

Kleine Nachrichten aus Baden. Das Schwurgericht in Mannheim verurteilte gestern den 21 Jahre alten Friseurgehilfen Wilh. Quittinger aus Baden wegen Todtschlagsversuch zu 2 Jahren Gefängnis. Quittinger versuchte im September v. J. sich und seine Geliebte in Heidelberg, die Kellnerin Vertha Selber, zu erschießen. — Der 19 Jahre alte Tagelöhner Jakob Göbel aus Lampertheim wurde wegen Straßenraubs zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. — In Rheinau bei Schweigen wurden in der chemischen Fabrik „Phenania“ zwei Tagelöhner, welche damit beschäftigt waren, Sulfat abzuladen, beim Ueberarbeiten der Fabrikgleise von einer Lokomotive erschlagen. Einer war sofort tot, der andere ist lebensgefährlich verletzt. — Ein katholischer Kirchenneubau steht für den Stadtteil Neuenheim (Heidelberg) in Aussicht. Derselbe wird in romanischer Bauart ausgeführt und stehen an Mitteln seitens des Dominikanerordens und des Baufonds je 45 000 M. zur Verfügung, wozu seitens der Kirchengemeinde weitere 45 000 M. zu erwarten sind. Ein marmorner Hochaltar wurde von der Frau Baronin von Erlanger in Paris hergestellt. — Herr Benz, der an Stelle des verstorbenen Schwiegerohnes die Sägemühle der Familie Tröndle in Eitenheim besorgte, wurde vom Sägewerk ein Arm ausgehoben. — Die 62 Jahre alte Witwe Müch in Redargemünd stürzte so unglücklich die Treppe hinab, daß sie das Gesicht brach und auf der Stelle tot blieb. — In Grünwettersbach (N. Durlach) wurde am Sonntag ein Frauenverein gegründet, dem sofort 176 Frauen beitraten. — Montag Mittag wurde in Wiesloch an der Straße ein betrunkenes Handwerksbursche in halb erfrorenem Zustande aufgefunden. Der Mann wurde nach dem Spital gebracht, ist aber gestern Mittag bereits gestorben. Er ist der Tischlergeselle Constantin Moller aus Bessingen und stand zuletzt in Hüttenheim in Arbeit.

Badischer Landtag.

22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag den 16. Januar 1902. (Vorläufiger Bericht.)

Präsident Günner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. In Fortsetzung der vorgestrigen Debatte legt Abg. Hug das Verhältnis des Staatsbudgets zum Reichshaushalt dar. Redner kritisiert die Vorschläge zur Reichs-

finanzreform und betont den Grundsatz, laufende Ausgaben vom außerordentlichen Etat fernzuhalten. Auch der badische Staatshaushalt müsse Mäßigkeit zeigen in der Ausgabenvermehrung. Eine Steigerung um 9 bis 10 Prozent von einer Etatsperiode zur andern gebe zu Bedenken Anlaß. — Eine Erhöhung des Getreidezolls liege nicht nur im Interesse der Landwirtschaft sondern auch der gesamten Volkswirtschaft. Die dagegen erhobenen Einwände seien durchaus unbegründet.

Abg. Schuler tritt ebenso für eine Zollerhöhung ein. Der Niedergang der Landwirtschaft habe zwei Ursachen: die bedeutende Erhöhung der Produktionskosten und die zunehmende Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes. Beiden Uebeln, sowie dem verhängnisvollen Zug der Bevölkerung vom Lande zur Stadt sucht der Tarif entgegenzuwirken.

Abg. Neuwirth ist derselben Ansicht, das Wohlergehen von Landwirtschaft und Industrie bedinge sich gegenseitig. Darum liege auch für die Industrie kein Grund vor, sich der Hebung der nothleidenden Landwirtschaft zu widersetzen.

Im gleichen Sinne äußern sich die Abg. Rirsner, Gauß, Burtard, Müller und Greiff. Der Abg. Müller legt dar, daß der Zolltarif nicht allen Anforderungen der Landwirtschaft genüge, insbesondere sei der Zoll für Roggen, Gerste und Weizen zu niedrig.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

Karlsruhe, 16. Jan. 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 18. Januar 1902, Vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sondern

1. Beratung über die geschäftliche Behandlung des Gefesentwurfes die Ueberleitung der ehelichen Güterstände des älteren Rechts in das Reichsrecht betreffend (Drucksache Nr. 32).

2. Desgleichen des Gesetzesentwurfes Änderungen des Gesetzes über den Elementarunterricht betreffend (Drucksache Nr. 33).

3. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz und damit in Verbindung

4. Besprechung der Interpellationen der Abgeordneten Dreesbach und Genossen sowie Muser und Genossen, den neuen Zolltarifgesetzentwurf betreffend. (Fortsetzung.)

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Dryburg, 16. Jan. Eine Burenabteilung überschritt am 11. Januar die Eisenbahnlinie westlich von hier und brach die Schienen in der Nähe von Marikani auf. Auch soll zwischen Roberts-Schützen und dem unter Joubert stehenden Kommando bei Mooihoek ein Gefecht stattgefunden haben. Ein Panzerzug kam am 12. Januar in derselben Gegend mit den Buren in Berührung und eröffnete mit Maximgeschützen Feuer auf dieselben. Der Verkehr ist auf der ganzen Linie wieder aufgenommen worden.

Prätoria, 16. Jan. In den Flüchtlingslagern von Rüggersdorf, Potchefstroom und Clerksdorp wurden kürzlich von General Andries Cronje und dem kommandanten Vermaas Verhandlungen abgehalten, in denen Beschlußanträge angenommen wurden, welche gegen die nutzlose Fortsetzung des Kampfes unter Delarey und den anderen Burenführern sich ausprägten. Ferner wurde eine Resolution angenommen betreffend die Bildung einer neuen Abteilung Nationalen in den Diensten im Süden Transvaals. Es wurden so viel Namen unterzeichnet, daß die neue Abteilung unabhängig zu einer unabhängigen Operation wird abgehen können.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 16. Jan. Bezüglich der Expedition des Oberleutnants Pabel gegen die Dongwa (Kamerun) meldet das „Deutsche Kolonialblatt“: Nach einem nunmehr eingetroffenen Telegramm Pabels wurden Bafut und Wandeng nach zehntägigen, vom 10. bis 20. Dezember währenden Kämpfen gewonnen. Der Feind war theilweise mit Hinterladern bewaffnet. Auf deutscher Seite wurde dem Hauptmann Glauning ein Auge leicht verwundet.

Berlin, 16. Jan. Reichskanzler Graf Bälou begab sich in Begleitung des Staatssekretärs v. Rühlhosen zum Schweizerischen Gesandten Dr. Roth, brachte ihm die Glückwünsche zum Geburtstag seiner 75jährigen Thätigkeit in Berlin dar und überreichte ihm ein Kaiserliches Handschreiben. Dem Gesandten Roth wurde außerdem vom Kaiser eine kunstvolle Baste mit dem Kaiserlichen Bildniß zum Geschenk gemacht.

Hamburg, 16. Jan. Das Landgericht wies kostenpflichtig die Klage der Werftarbeiter gegen die Firma Hlohm u. W. sowie die Hamburg-Amerika-Linie wegen angeblicher unberechtigter Aussperrung bei dem Auslande der Werftarbeiter im Jahre 1900 ab. Die Kläger beabsichtigten die Berufung beim Oberlandesgericht.

Cottbus, 16. Jan. In der gestrigen Versammlung der Interessenten der Niederlausitzer Zigarettenindustrie wurde nach eingehender Beratung über die Frage eines Zusammenenschlusses der betreffenden Werke einstimmig beschlossen, eine Produktions- und Preisconvention zu bilden.

Kopenhagen, 16. Jan. Bei der gestrigen zweiten Beratung der Etatsvorlage im Folketing sprach sich der Ministerpräsident Deunger anlässlich des sozialdemokratischen Antrags auf Einschränkung der diplomatischen Vertretung Dänemarks dahin aus, daß Dänemark selbstverständlich nicht große Politik nach außen treiben solle, aber bei jeder Gelegenheit die Unabhängigkeit und Selbständigkeit mit Festigkeit verteidigen müsse.

Kopenhagen, 16. Jan. Der frühere langjährige Präsident des Folketings, Sophus Hoegebro ist gestorben.

Trautmann, 16. Jan. Bei der gestrigen Eröffnung der Abgeordnetenversammlung wurde der bisherige Abgeordnete Wolf, der das Mandat niedergelegt hatte, wiedergewählt. (Wolf erhielt 1729, der deutschfortschrittliche Kandidat Dr. Bachmann 1300, und der gesetzliche Kandidat 240 Stimmen.)

Paris, 16. Jan. Der „Figaro“ berichtet, die Jesuitenpatres, gegen welche die gerichtliche Verfolgung angeordnet worden ist, seien der Ansicht, daß sie den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vollständig entsprochen hätten, da sie Weltpriester geworden seien. In der That hätten sie bereits vor einiger Zeit an den Papst die Bitte gerichtet, sie des Bandes, welches sie mit dem Jesuitenorden verbinde, zu entledigen und in den Weltpriesterstand eintreten zu lassen. Der Kardinal Gotti, der Präfect der Kongregationen, willfahrte dieser Bitte unter Hinweis auf die gegenwärtigen Verhältnisse. Die betreffenden Jesuiten stellten sich unerbittlich unter die Jurisdiktion der Bischöfe ihrer Heimathgemeinden und setzten ihre Thätigkeit als Professoren am katholischen Institut in Paris als Prediger fort. Die konservativen Blätter greifen die Regierung wegen der getroffenen Maßnahmen sehr scharf an.

San Sebastian, 15. Jan. Volkshäuser veranstalteten Kundgebungen, weil die Gemeindebehörde eine beliebige Volksbelästigung verboten hatte. Das Stadthaus und zahlreiche Privathäuser wurden mit Steinen beworfen. Viele Personen wurden verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Rom, 15. Jan. Der Senat nahm die Vorlage betreffend die Schaffung eines Arbeitsamtes an.

London, 16. Jan. Seine Majestät der König besichtigte gestern 1300 Mann Gardebattalions, die sich nach Südafrika einschiffen. In einer Ansprache an die Mannschaften sprach der König die Hoffnung aus, daß der Krieg bald zu Ende geführt werde.

Konstantinopel, 15. Jan. Gestern bezahlte die Pforte mit 350 000 türkischen Pfund die russische Kriegsschuldigung, die am 14. Januar fällig war.

New-York, 16. Jan. Der Mayor von New-York kündigte an, er werde ein aus hervorragenden Bürgern bestehendes Comité einsetzen, welches den Prinzen Heinrich begrüßen soll. Für die Landung des Prinzen soll ein besonderer Pier reservirt werden.

Hongkong, 15. Jan. Man nimmt an, daß die chinesischen Soldaten, welche gestern im Tamtschao-Kanal auf den englischen Dampfer „Manning“ feuerten, bei einer Schießübung begriffen waren und daß der verwundete Besatzung des englischen Kriegsschiffes „Glor“ durch ein verirrtes Geschöß getroffen worden ist.

Verschiedenes.

Kassel, 16. Jan. Die Verhandlung der Strafkammer gegen die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaft für Treberproduktion ist auf den 3. Februar anberaumt. Derselbe dauert voraussichtlich fünf Tage.

Brüg, 16. Jan. (Telegr.) Die Bergungsarbeiten im Zuyderschachte waren gestern unmöglich, da der Schacht bis Abends nicht wasserfrei und daher unzugänglich war. Es wird kein Zweifel mehr gesetzt, daß die Ungeschlossenen umtamen. Die Zahl der Opfer beträgt 44, davon waren 31 betretet.

Paris, 15. Jan. Das von den Blättern verzeichnete Gerücht, in Rizza sei ein Deutscher wegen Spionage verhaftet worden, ist unbegründet.

Stand der Badischen Bank

am 7. Januar 1902.

Aktiva.	
Metalbestand	4 752 753 M. 64 Pf.
Reichsbankenscheine	25 065 „ — „
Noten anderer Banken	209 500 „ — „
Wechselbestand	12 071 554 „ 32 „
Lombardforderungen	14 491 590 „ — „
Effekten	289 977 „ 50 „
Sonstige Aktiva	4 499 608 „ 94 „
36 290 044 M. 40 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 959 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	13 233 300 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	11 159 614 „ 28 „
An Räumigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	988 023 „ 04 „
36 290 044 M. 40 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 318 614 M. 78 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Witterungsbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 16. Jan. 1902.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern wieder wesentlich verändert, indem sich der hohe Druck, welcher am Vortag über Mitteleuropa gelegen war, auf den atlantischen Ocean zurückgezogen und indem eine ziemlich tiefe Depression, welche über dem Riga'schen Meerbusen erschienen ist, ihre Herrschaft weit nach Südwesten hin ausdehnt hat. In Deutschland ist deshalb bei stürmischen Südwestwinden neuerdings trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen eingetreten. Die Worgentemperaturen lagen meist über dem Gefrierpunkt, nur in Frankreich und in Oesterreich-Ungarn erheblich darunter (Clermont -7 Grad, Hermannstadt -13 Grad). Unruhiges, etwas wärmeres und trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Fruchtigk. leit in Wros.	Wind	Himmel
15. Nachts 9 ⁰⁰ U.	770.4	-0.8	3.2	72	SW	bedeckt
16. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	766.4	+0.8	3.3	68	„	„
16. Mittags 2 ⁰⁰ U.	765.0	+1.6	4.3	84	„	„

1) Sturm.

Höchste Temperatur am 15. Januar: +1.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.2.

Niederschlagsmenge des 15. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 16. Jan.: 3.35 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Aretz & Cie., Grossh. Hofl.,
Telephon 219. KARLSRUHE Kreuzstrasse 21.
Specialhaus für
Gummiwaaren und Linoleum.
Sämmtliche technische Bedarfsartikel.
Specialität: Prima Kernlederriemen bester Eichenlohrgrubengrubung bis 500 m/m breit stets am Lager.
Nur erstklassige Fabrikate.

Mein Geschäftszimmer befindet sich von heute ab
Friedrichsplatz Nr. 9
 eine Treppe hoch.
 Karlsruhe, den 11. Januar 1902.
Dr. Robert Süpfle,
 Rechtsanwalt.
 P596.3

Waarschuwing.
Dienstpflicht in Nederland.
 Ingevolge het Koninklijk Besluit van 16. November 1901 (Staatsblad No. 222) treedt de gewijzigde wet betrekkelijk de Nationale Militie in werking op 1. Januari 1902.
 Krachtens de daarin vervatte nieuwe voorschriften zijn Nederlanders uit hoofde van hun verblijf of dat van hunne ouders of voogden in Duitschland, niet meer vrijgesteld van verplichtingen ten aanzien van de Nationale Militie in Nederland.
 Aan alle Nederlanders, in Duitschland verblijf houdende, en in het bijzonder aan hen die zijn geboren in het jaar 1883, als mede aan alle in Duitschland gevestigde ouders of voogden van minderjarige Nederlanders van dien leeftijd, wordt dus dringend aangeraden, zich ten spoedigste te vergewissen omtrent de verplichtingen, welke de wet hun mocht opleggen en waaraan zy vóór 31 Januari zullen moeten voldaan hebben.
 Niet naleving dier verplichtingen wordt gestraft en stelt den militieplichtige aan verdere nadeelige gevolgen bloot.
 Aan het Nederlandsche Gezantschap te Berlijn en aan alle Nederlandsche consulaten zijn op aanvraag exemplaren van een uittreksel uit de Militiewet 1901, bevattende de ten deze in aanmerking komende wettelijke voorschriften, gratis verkrijgbaar. P664

COLOSSEUM.
Nenes Grofhes Elite-Programm. P642
 Sisters Flora, Amerit. Gesang und Tanz.
 Wolf-Trio, humorist. Herren-Gesangs-Terzett.
 Schwestern Urma, großartig dreifache Trapezturnerinnen.
 Martha und Otto Hannover, Duettisten mit dreifachen Hunden.
 Samstag den 18. Januar: Vorstellung.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
 Großh. Bad. Forstamt Stodach versteigert aus Domänenwald „Böhlerberg“ (Büchelthal und Kupfhalde) und „Korriswinkel“ (Kirchweg und Kreuzhalde) am Montag den 20. Januar 1902 von morgens 10 Uhr an im Rathhaussaale in Stodach: 65 Eichen, 29 Buchen, 15 Birken, 3 Weißbuche, 1 Eiche, 1 Linde, 5 Stück eichene Verbirgen, 75 Stück fichte Reislängen; 21 Ster eichenes, 591 buchenes, 28 birkenes, 2 lindenes, 2 firschaumenes, 3 apenes, und 5 erlenes Scheit- und Rollenholz; 4 Ster eichenes, 200 buchenes, 14 erlenes, 10 birkenes, 1 apenes und 41 gemischtes Bräuelholz; 57 Ster buchenes Stodachholz; 27 Ster buchene Reislängen, 3095 buchene Normalwellen und 21 Dooje Schlagraum.
 Forstwart Dreyler in Stodach und Kolb in Stodach zeigen auf Verlangen das Holz vor. P645

Ziehung garantiert
 24. und 25. Januar 1902.

Nächste Grosse Badische Invaliden-Geldlotterie
 des Bad. Militärvereinsverbandes zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder und deren Angehörigen.
2288 Geldgewinne
 Zahlbar ohne Abzug im Betrage von
Mk. 42 000
 Haupttreffer Mk. 20 000
 1 Hauptgewinn Mk. 20 000
 1 Gew. baar Mk. 5000
 2 Gew. baar „ 2000
 4 Gew. baar „ 2000
 20 Gew. baar „ 2000
 100 Gew. baar „ 2000
 200 Gew. baar „ 2000
 560 Gew. baar „ 2800
 1400 Gew. baar „ 4200
 Loose à 1 Mk. Porto und Liste II „ 10 „ 25 Pz. extra.
 empfielt P427.12
J. Stürmer,
 Generaldebit Strassburg i. E.

Schreib- und Bureangehilfen-Stelle.
 Bei Großh. Forstamt Furtwangen ist die Stelle eines Schreib- und Bureangehilfen, für welche eine Jahresvergütung bis zu 600 M. gewährt werden kann, zu besetzen. Im Ruhestand befindliche Unterbeamte werden hierbei bevorzugt.
 P558.1
 Bewerbungen wollen bis längstens 1. Februar f. J., bei genanntem Forstamt eingereicht werden.

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, Regenschirme
 anerkannt vorzögl. Qualitäten, empfohlen
Ludwig Oehl
 Nachfolger,
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 116

Stammholz-Versteigerung.
 Die Gemeinde Schutterwald versteigert am Montag den 20. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr anfangend, im Hieschlag Nr. 3, Zusammenkunft bei der Waldhütte:
 213 Stück Eichen von 0,25—1,87 Festm.
 91 „ Eichen „ 0,20—1,19 „
 29 „ Eichen „ 0,20—0,93 „
 3 „ Pappeln „ 0,73—2,05 „
 wozu Liebhaber einladet. P620.2
 Schutterwald, den 12. Januar 1902.
 Der Gemeinderath:
 Schnebelt, Bürgermeister.

Holzversteigerungen.
 Das Großh. Forstamt Jochenheim in Lahr versteigert aus Domänenwald „Oitenheimwald“ mit Borgriff bis 1. November im „Deutschen Kaiser“ zu Kitzel stets Morgens 9 Uhr:
Dienstag, den 28. Januar:
 1127 Ster buchenes und gemischtes Scheit, Bräuel- und Stodachholz.
Mittwoch, den 29. Januar:
 25 000 Wellen und Schlagraum.
Donnerstag den 30. Januar:
 43 Eichen, 16 Hainbuchen, 13 Eichen, 16 Erlen, 2 Kirchsäume, 2 Birken, 2 Almen. Forstwart Haufer in Oitenheim zeigt das Holz vor und fertigt Auszüge.
 P642.1

Die Süddeutsche Versicherungs-Bank
 für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe
 übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar werden:
 a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. Jahre;
 b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
 c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
 d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung
 Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.
 Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers. — Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberschüsse den Versicherten.
 Auskunft erteilt und Anträge nimmt entgegen: D650.4
Die Direktion, Schloßplatz 7, Karlsruhe.

In unserem Verlage ist soeben erschienen:
Das deutsche Auslieferungsrecht
 und
 Die Rechtshilfe in Strafsachen im Verhältnis zum Reichsausland mit den annotierten Auslieferungsverträgen des Deutschen Reichs und der Bundesstaaten
 von
 Dr. jur. A. Grösch,
 Staatsanwalt
Preis gebunden 7 Mk. 50 Pf.
 Gerichten, Staatsanwaltschaften, Verwaltungsbehörden, Consulaten und allen sonstigen amtlichen Stellen, die sich mit Auslieferungs- und Rechtshilfefällen zu befassen haben, kann dieses Buch als Nachschlagewerk angelegentlich empfohlen werden. P641.2
Karlsruhe. Macklot'sche
 Buchhandlung u. Buchdruckerei.

Das Stimmen
 von P525.16
Flügeln, Pianinos und Harmoniums
 wird pünktlich besorgt durch
Ludwig Schweisgut,
 Hofl., 4 Erbprinzenstrasse 4.

Steinbruchverpachtung.
 Das Großh. Forstamt Gernsbach verpachtet die Steinbrüche A. B. C. (weiliger Sandstein) im Schwarzegebirge Gemarkung Sulzbach auf 6 Jahre. Pachtliebhaber werden eingeladen, sich zwecks Besichtigung der Brüche und weiterer Verhandlung **Dienstag den 21. Januar f. J., 3 Uhr Nachmittags, im Steinbruch A (Sügel)** einzufinden.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
 Von Gr. Forstamt Neckargemünd werden Freitag den 24. Januar d. J., Morgens 9 Uhr beginnend, im Rathhaussaale zu Neckargemünd versteigert: 1. aus Distrikt I „Hollmuth“ Eichen: 1 I. Gl., 2 II. Gl., 2 IV. Gl., 280 Birken Wagner-Verbirgen; 15 Buchen, 5 Eichen-Scheitholz; 120 Buchen, Eichen, Ahorn- und gemischtes Prügelholz; 12 050 Buchen, Eichen, und gemischte Wellen; 22 Dausen gemischtes Laubholz; 1 Loos Schlagraum. 2. aus Distrikt IV „Fohberg“ Eichen: 2 I. Gl., 2 II. Gl., 8 III. Gl., 8 IV. Gl.; Rothbuchen 1 I. Gl.; Hainbuchen 2 II. Gl.; Nichten-Stämme: 12 IV. Gl., 14 V. Gl.; Bauhsangen 80, Poppenhsangen 65. 3. aus Distrikt V „Nedarberge“ Nichten: Bauhsangen 3, Baumspfähle 35, Poppenhsangen 15, Kugrollen 4 Ster, 2 m lang. P654.1
 Vorsteiger des Holzes: Die Forstwärte Steinbrenner in Neckargemünd für Distrikt I, Wöhl in Nickenloch für Distrikt V und Domänenwaldhüter Heringer in Waldwimmerbach für Distrikt IV.

Bürgerliche Rechtsstreite.
 Ladung.
 P624.2. Nr. 746. Lahr. In Sachen Anna Port, ledig, Dienstmagd in Metz — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Goeppe in Metz und Gebhardt in Lahr — gegen Albert Bösch, Braumeister, früher in Lahr, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wegen Unterhalts ladet Klägerin den Beklagten zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Lahr auf
Montag den 24. Februar 1902, Vormittags 10 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird diese Ladung bekannt gemacht.
 Lahr, den 13. Januar 1902.
 Eizenräger,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Ladung.
 P610.2. Nr. 28220. Lahr. Die Firma L. Gernsbacher in Bühl klagt gegen Kaufmann Ludwig Mosch vor: Nonnenweiler, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, aus Kauf mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung von 110 M. und 5% Zins vom 1. Januar 1906 bis dahin 1900, von da ab 4% sowie von weiteren 5 M.
 Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Lahr auf
Donnerstag den 27. Februar 1902, Vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Lahr, den 10. Januar 1902.
 Eizenräger,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Ladung.
 P6122. Nr. 778. Mannheim. Der Redakteur Julius Wolff in Mannheim, vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Köhler und Dr. Mayer daselbst, klagt gegen den Buchdruckermeister Arthur Juillerat-Chassier seither in Mannheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß der Beklagte den Ende September 1901 zwischen den Streittheilen zu Stande gekommenen Dienstvertrag nicht erfüllt, mit dem Antrage: „Der Beklagte ist schuldig, den mit dem Kläger Ende September 1901 abgeschlossenen Dienstvertrag zu erfüllen und demzufolge dem Kläger die Stellung eines administrativen Redakteurs und eine administrative Tätigkeit bei dem „General-Anzeiger der Stadt Mannheim“ zu gewähren, sowie dem Kläger für die Zeit vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1904 einen jeweils am letzten eines jeden Monats fälligen Gehalt von 500 Mark nebst 4% Zinsen vom Fälligkeitstage an zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens zu tragen.“
 Das Urteil wird gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt.
 Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Mannheim auf
Mittwoch, den 26. März 1902, Vormittags 9 Uhr,
 mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Mannheim, den 10. Januar 1902.
 Schneider,
 Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Ladung.
 P647. Nr. 566. Neustadt. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Mechanikers Karl Rasch in Bellingen ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf **Montag den 10. Februar 1902, Vormittags 10 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier.
 Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
 Neustadt, den 15. Januar 1902.
 Hanagarth,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Ladung.
 P648. Nr. 849. Durlach. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Steinbauer Karl Friedrich Konstantin Ehefrau in Untermtschelbach wurde durch Gerichtsbeschluß vom heutigen Tage eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.
 Durlach, den 11. Januar 1902.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Ladung.
 P643. Nr. 522. Ettlenheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäldermeisters Abraham Löwenstein in Altdorf ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände der Schlussrechnung auf **Montag, den 10. Februar 1902, Vormittags 10 Uhr,** vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
 Ettlenheim, den 11. Januar 1902.
 Rapp,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

P462. Schoffheim. Liegenschafts-Versteigerung.
 Infolge richterlicher Verfügung werden am **Donnerstag, den 13. Februar 1902, Nachmittags 2 1/2 Uhr im Rathhause zu Wiesloch** die nach beschriebenen Liegenschaften des früheren Holzhändlers Emil Ujfal von Wiesloch öffentlich zu Eigentum versteigert.
 Der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingungen können beim diesseitigen Notariate eingesehen werden.
 Beschreibung der Liegenschaften.
 1. Gemarkung Wiesloch.
 1. Qg. Nr. 432. 72 ar 65 qm Wiese Gemarkung Altematt, ex Joh. Gg. Müller, Anschlag ads. Ernst Fr. Ritter „ 900
 2. Qg. Nr. 458. 1 ha 37 ar 23 qm Acker, Wiese und Weg Gemarkung Eichbühl, ex Joh. Gg. Müller, ads. W. Schleit „ 1300
 3. Qg. Nr. 609. 31 ar 60 qm Acker Gemarkung Balgen, ex Karl Fr. Sütterlin, ads. Ernst Fr. Klemm „ 700
 4. Qg. Nr. 508. 12 ar 32 qm Acker Gemarkung Baumgarten, ex Fr. Fr. Klemm, ads. Ernst Fr. Klemm „ 60
 2. Gemarkung Ettlenheim.
 5. Qg. Nr. 342 a. 72 ar 71 qm Wald, Bärenried, ex Nr. 339, 340, 351, ads. Nr. 343, 344 „ 310
 Gesamtmanschlag „ 3270
 Dreitausendzweihundertfiebzig Mark.
 Schoffheim, den 3. Januar 1902.
 Großh. Notariat Schoffheim II.
 S. Baitian.

P655.1. Nr. 100. Freiburg. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Vergabe einer eisernen Brückenkonstruktion.
 Für die Unterführung der Lehen- und Albertstraße im Personenbahnhof Freiburg im Breisgau soll die Lieferung und fertige Aufstellung der Eisenkonstruktion, eine fünfgleisige Bahnhofsbrücke von 15,0 m Lichtweite, vollwandige Bogenträger mit Büchelplattenabdeckung, im Gewicht von zusammen 182 800 kg Stahlfelsen, Stahlfelsen und Stahl vergeben werden.
 Die Pläne, Gewichtsberechnungen und Bedingungen liegen an Werktagen auf unserm Geschäftszimmer, **Deutschordenstraße 3, III. Stock** zur Einsicht auf. Dieselben werden auch, soweit der Vorrath reicht, gegen Einzahlung durch Postanweisung von 2 Mk. nach Auswärts abgegeben.
 Die Angebote, welche den Preis für 100 kg der vollständig fertig aufgestellten Konstruktion enthalten sollen, sind bis längstens
Donnerstag den 30. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr,
 auf unserm Geschäftszimmer, **Deutschordenstraße 3, III. Stock** verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „**Angebote auf eine Eisenkonstruktion**“ versehen einzureichen.
 Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen.
 Freiburg, den 14. Januar 1902.
 Großh. Eisenbahninspektion.
 v. Stetten.

P657. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Zum Deutsch-Französischen Gütertarif über Elzab-Verbindungen werden mit Gültigkeit vom 1. Februar 1902 neu ausgegeben:
 Teil IB (Tarifvorschriften mit Güterklassifikation).
 Teil IIB (Frachttarife für die französischen Palmfrüchte).
 Nähere Auskünfte erteilen die Verbandsstationen und das diesseitige Gütertarifbureau.
 Karlsruhe, den 15. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion.

P658. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Das Artikelverzeichnis des Ausnahmearif 6a im Tarifheft 4 des sächsisch-deutschen Verbandsgütertarifs ist mit Gültigkeit vom 10. Januar 1902 durch Aufnahme von Braunkohlen u. f. w. wie im Spezialtarif III genannt, ergänzt worden.
 Karlsruhe, den 15. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion der Badischen Staats-Eisenbahnen.

P659. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit Wirkung vom 15. Januar 1902 werden die Stationen Alsdorf i. Baden und Heilbronn Südbf. in den Ausnahmearif 2a (Zuckerrüben und Zuckerrüben-Futterrüben) des Badisch-Württembergischen Gütertarifs aufgenommen.
 Nähere Auskünfte erteilen die Güterabfertigungsstellen.
 Karlsruhe, den 15. Januar 1902.
 Großh. Generaldirektion.